

Nach den Überlieferungen der Bibel waren die Juden zum größten Teile als Ackerbauer und Handwerker bekannt und seltener als Händler. Einer der größten Denker und Philosophen, den das Judentum hervorgebracht hat, Baruch Spinoza, war von Beruf Handwerker, ein Brillenschleifer.

Trotz allem Druck und allen Leiden, die die Juden im Mittelalter auszuhalten hatten, hat die Pflege des Handwerks im Ghetto nicht aufgehört.

Die ältesten Nachrichten über jüdische Handwerker finden wir in der Geschichte des 30jährigen Krieges. Bei der Belagerung Prag durch die Schweden im Jahre 1648 war es die Hilfe der jüdischen Fleischerhändler, welche die Judenstadt von dem Eindringen des Feindes beschützt haben. Bei der im Jahre 1671 stattgefundenen Vertreibung der Juden aus Wien sollen nach historischen Quellen auch Handwerker unter den Verbannten gewesen sein. Die Rechtlosigkeit der Juden in der damaligen Zeit und die aus derselben hervorgehende Unbilligkeit der Forderungen der Juden gegenüber, haben das jüdische Handwerk nicht aufkommen lassen und so die Juden in den Handel getrieben. Nach einer Verfügung des kgl. Polizeipräsidenten in Berlin aus dem Jahre 1827 ist jüd. Handwerker, die auf der Wandererschaft begriffen, in Berlin vorübergehenden Aufenthalt nehmen wollten, hieser verweigert worden. Ein Beweis, daß damals das Handwerk unter den Juden wieder festen Fuß gefaßt hat.

Durch die Verbreitung der Industrie im 18. Jahrhundert hat der Niedergang des Handwerkes im Allgemeinen eingeleitet und Großindustrie verbunden mit dem Kapitalismus haben später jeden wirtschaftlichen Fortschritt der Handwerker niedergehalten. Viele Handwerke hat die Industrie überhaupt aufgesogen und vielen hat sie den größten Teil ihrer Arbeit weggenommen.

Von da ab datiert eine allgemeine Flucht aus den Handwerksberufen. In den Industriegebieten haben sich die Juden dem Kaufmannstand zugewendet, und viele haben sich den geistlichen Berufen gewidmet. Nur in den industriearmen östlichen Ländern bilden die Juden immer noch ein großes Prozent des Handwerkes.

Das jahrhundertlange Leben im Ghetto und die Unmöglichkeit eigenen Boden besetzen zu dürfen hat uns auch dem landwirtschaftlichen Stand entfremdet. So haben diese Umstände es bewirkt, daß das Wirtschaftsleben der Juden im Westen, sich einseitig im Handel konzentriert hat.

Durch den wirtschaftlichen Niedergang als Folge des Weltkrieges ist das Handwerk und die Bedeutung des Handwerks als Erwerbsquelle bedeutend gehoben worden. Wir können jetzt ein Zurückgehen zu den Handwerksberufen auch unter den Juden verzeichnen. Diese Strömung ist für die soziale Lage des Judentums von eminenter Wichtigkeit. Unser Anteil am Kapitalismus und die Überwiegung im Handel, hat vielfach Leid hervorgerufen und die schlechtesten Zustände gegen uns entfacht. Die Demagogie hat das ihrige beigetragen und so den Antisemitismus geschaffen. Wären die Antisemiten alle möglichen Doktrinen für ihre Bewegung vorbringen, fast ist es der Nonchalance die eigentliche Triebfeder des antisemitischen Gedankens.

Der Handwerksstand ist der berufliche Faktor, um dem Überhandnehmen der Geiligkeit und Intellektualität entgegenzuwirken und bildet in unserer Zeit gleichzeitig einen Gegenfaktor gegen den Kapitalismus.

Der jüd.-östr. jüd. Handwerkerverein hat in dem abgelaufenen Jahrzehnt neben der Nächstenliebe, sich hauptsächlich mit der Schaffung und Heranbildung eines geeigneten Nachwuchses befaßt. Die Wohnungsnot der letzten Jahre hat leider den Fortschritt in dieser Richtung unmöglich gemacht. Die Errichtung eines jüd. Lehrlingsheims hat sich als unbedingt notwendig erwiesen. Zur Lösung dieser Frage ist eine Enquete aller jüd. Korporationen einberufen worden. Doch auch diese Beratungen erbrachten kein positives Resultat. Unzähligen Bitten um Beihilfen für jüd. Knaben konnte nicht entsprochen werden, weil es überall an Schlafstellen fehlte.

Mähr.-Ostrau, wo eine so große Anzahl jüdischer Handwerksmeister aller Fächer und eine jüd. Gewerbeschule sich befindet, ist in der tschechoslow. Republik der geeignetste Ort für die Förderung des Handwerks unter den Juden unseres Staates. Unsere Autonomie bringt Opfer für die Erhaltung der Gewerbeschule trotzdem die Mehrzahl der Frequanten nicht hier zu Hause sind.

Ebenso wie für die jüd. Gewerbeschule, mußte auch für die Errichtung eines jüd. Lehrlingsheims als Vorbedingung zur Lösung der Lehrlingsfrage, die jüdische Gesamtheit Sorge tragen Schulen und Hei-

meinden müssen aufklärend wirken und in Elternkreisen auf die volkswirtschaftliche Bedeutung und den gesellschaftlichen Wert des modernen Handwerks aufmerksam machen.

Es sollen unter uns die sogenannten Lustertenzen verschwinden. Leute die nach zweijähriger oft probemäßiger kaufmännischer Verricht als „ausgelernt“ auf das Geschäftslieben losgelassen werden.

Der Handwerksberuf bildet die Vorstufe zur Industrie. Bei sachlicher Schulung und persönlicher Geschicklichkeit und Intelligenz nähert sich der Handwerker dem Kunstgewerbe.

Bei der Berufswahl junger Menschen sollen die hier angeführten Bestrebungen zur Geltung gebracht werden. Nicht erst dann, wenn der Junge im Studium nichts gelangt hat, zum Handwerk greifen.

Ohne Vorurteil soll der Handwerkerberuf erwählt werden. Wie der jüdische Handwerker selbst, so nimmt auch der jüdische Lehrling eine doppelte Aufgabe auf sich. Einerseits soll das Handwerk sein wirtschaftlicher Beruf werden, der ihm eine Lebensgrundlage sich und den materiellen Anforderungen Genüge leisten kann; zum anderen Male aber — und hier liegt ein höheres, idealeres Moment — übernimmt er als jüd. Angehöriger des Handwerks eine Aufgabe seiner jüdischen Glaubensgenossenschaft gegenüber, eine Aufgabe, die darin liegt, die gewaltige Bedeutung, die dem jüd. Handwerk und für die soziale Stellung des Judentums zukommt, zur Geltung zu bringen. Durch produktive Arbeit soll das Vorurteil der andersgläubigen Volksgenossen gebrochen werden und eine gerechtere Beurteilung des Judentums zur allgemeinen Volksgemeinschaft erreicht werden.

An jüdische Eltern und Vormünder ergeht der Ruf, bei der Berufswahl der Kinder und Mithel „Juden zum Handwerk“, an die jüdischen Gemeinden, Korporationen, Vereine „fördert das jüdische Handwerk“.

Inland.

Gemeindevahlen in Eger.

Bei den kürzlich in Eger (Böhmen) stattgehabten Gemeinderatswahlen wurde auch ein jüdischer Kandidat gewählt.

Polen.

Exposee des Ministerpräsidenten.

Bei der Debatte über das Exposee des polnischen Ministerpräsidenten kam in der letzten Sitzung der jüdische Deputierte Grünbaum zu Wort, welcher ausführte: In das Exposee des Ministerpräsidenten und in der darauffolgenden Debatte, wurde die Judenfrage in Polen überhaupt nicht berührt, obwohl die Regierung mehrfach in offiziellen Rundebungen auf ihre Wichtigkeit hingewiesen hatte. Es scheint, daß diese offiziellen Erklärungen nur als Dekorationsstücke für das Ausland bestimmt waren. Denn der Ministerpräsident ist in seinem Exposee um die Judenfrage mit der allgemeinen Phrase von der Gleichberechtigung aller Staatsbürger herumgekommen, das beweist, daß er nicht gewillt ist, auf diesem Gebiete etwas Positives zu tun.

Der Premier hat in seinem Exposee den Kampf gegen den Statismus angekündigt. Daß damit Ernst gemacht wird, wäre für die Juden sehr wichtig. Denn der ganze wirtschaftliche Kampf, der in Polen gegen die Juden geführt wird, stützt sich auf den Statismus, der den ganzen jüdischen Staat (Länder) umfaßt. Man sagt freilich, dieser Wirtschaftskampf verfolge nur den Zweck, auf diesem Gebiete die Übermacht der Juden zu verringern; sie sollen von Handel nur 14 Prozent innehaben, die ihr nach dem Bevölkerungsprozent gebühren. Das wäre berechtigt, wenn die Juden die Gleichberechtigung auf allen Gebieten hätten, wenn die jüdischen militärischen Heinkräfte 14 Prozent des Bodens zugewiesen bekämen, den alle ehemaligen Soldaten erhalten, wenn 14 Prozent jüdische Beamte zu Staatsstellen zugelassen würden. Von alledem ist aber keine Rede. Einige hundert jüdische Eisenbahner hat man entlassen; sie und da stellt man, um dem Auslande Sanb in die Augen zu streuen, einen getauften oder halbgetauften Juden an einen sichtbaren Staatsposten, wie Herrn Wle-

Im Lande selbst aber werden die Juden als Bürger zweiter Klasse behandelt. Mit der feineren von Diktator angedrängten Absicht der Regierung, die Frage der Gleichberechtigung für die Juden zu erledigen, wird die Judenfrage in Polen nicht gelöst sein, wo die drei Millionen der jüdischen Bevölkerung ihre primitiven nationalen Forderungen nicht erfüllt erhalten. Gleichberechtigung und nationale Rechte sind eng miteinander verbunden. Die Regierung aber trennt beide Prinzipien künstlich. Das polnische Kriegsministerium er-

klärt im öffentlichen Erlass, daß Personen, die sich zur jüdischen Nationalität bekennen, nicht Offiziere sein können. Und durch dieses Beispiel ermutigt, erklärt die Warschauer Advokatenkammer, Personen, die sich zur jüdischen Nationalität bekennen, können nicht als Advokaten eintraten werden. Die Zustände müssen ein Ende haben, sie werden es nur haben, wenn die jüdische Forderung nach wirklicher Durchführung des Traktats über die Rechte der nationalen Minderheiten erfüllt wird. Dies fordert die jüdische Bevölkerung Polens.

B. M. J.

Keine Schwierigkeiten für Palästinawanderer.

J. P. J. Das polnische Kriegsministerium erinnert die Behörden daran, daß man Juden im Stellungsalters Alter, die während nach Palästina oder Amerika emigrieren wollen, keine Schwierigkeiten bereiten soll. (Es handelt sich um Leute, die von einem unbegrenzten Ausreisep. Ausreisep. Gebrauch machen. Temporäre Ausreisen sind Männern im Stellungsalters Alter nicht gestattet.)

Briefzensur.

J. P. J. Obwohl bekanntlich die Briefe der Abgeordneten keiner Zensur unterliegen, kommen die Abg. Grünbaum und Thon feststellen, daß ihre aus dem Auslande eintreffenden Briefe von der Zensur geistlich zu werden pflegen. In Beantwortung ihrer diesbezüglichen an das Kriegsministerium wie auch Postministerium gerichteten Anfrage, steht ein jedes dieser Ministerien die Schuld dafür dem anderen zu, jedoch nicht festzustellen ist, wer tatsächlich an dieser Geistesverlebung die Schuld trägt.

Joint-Zentrale.

J. P. J. Der Leiter der Joint-Zentrale für Polen, Rabb. Kowalski, ist nach Amerika zurückgekehrt. Als provisorischer Leiter fungiert Jutier.

Begräbnisstandale.

J. P. J. Der Warschauer nichtjüdische „Kurjer Poleski“ schildert das skandalöse Verhalten der Warschauer Bevölkerung bei jüdischen Leichenbegängnissen. Selbst Mittelschüler verpersönlichen den Komanten den Weg, veranlassen eine Rassenmischung überhöhen die Trauernden mit Hohn und Schimpfsworten. Die am Leichenzuge Teilnehmenden sind den gemeinsten Beleidigungen ausgesetzt, die ihnen aus vorbeifahrenden Trams entgegengeschleudert werden. Es wäre höchste Zeit, dagegen einzuschreiten und man könne sich kaum vorstellen, welchen Eindruck ein derartiges Verhalten, das jedem natürlichen Gefühl des Schauers und der Ehre angesichts des Todes Hohn spreche auf die zufällig in Warschau weilenden Fremden mache. Auf Grund dieses Artikels des „Kurjer Poleski“ hat die Warschauer Polizeibehörde eine Verordnung erlassen, im Wiederholungsfalle alle Schuldigen unverzüglich zu verhaften und derartige Vorfälle mit allen Mitteln zu verhindern.

Runkausstellung.

Das Redaktionskomitee „Tel Aviv“ veranstaltet in Lodz, im Einvernehmen mit einer Gruppe jüdischer Maler eine jüdische Kunstausstellung, die voraussichtlich vom 15. März bis 15. April stattfinden wird. Das Präsidium, bestehend aus Dr. Braude, W. Ombre, B. Kowalski und Dr. Rosenblatt, ersucht in einem Aufruf alle jüdische Künstler, betreffs eventueller Ausstellung ihrer Bilder mit dem Komitee in Verbindung zu treten.

Polnische Ritterlichkeit.

J. P. J. Infolge der unzähligen Verge- waltigung durch die Truppen Balachowicz sind zahlreiche jüdische Frauen verheiratet worden. Da die Zahl der Geschlechtskrankheiten unter den Männern bis zum Kriege nur eine ganz minimale war, gab es auch keine besonderen jüdische Spitäler, resp. Abteilungen für venere- risch Erkrankte. Die jüdische Bevölkerung der in Betracht kommenden Gebiete steht vor der schweren Aufgabe, diesen Mischstand abzu- helfen, was um so notwendiger ist, als die Zu- den, die in diesen Krankheiten fast gar keine Erkrankung haben, durch ihr aller Hygiene- hohnsprechendes Verhalten zu weit in Unheil- fungen und Ausbreitung der Seuche beitragen. Das erste große Spital für Geschlechtskranke Frauen wurde nun laut einem Bericht an den Joint in Lublin eröffnet. Das Spital ver- hält auch Subvention seitens der Regierung.

Oesterreich.

Die Frage der galizischen Juden in Wien vor dem Völkerbundrate.

(J. C. B.) Unter den Fragen, die die Tagesordnung der am 21. Februar in Paris zusammentretenden Völkerbundratung aus- galizischen Juden aus Oesterreich, die im Sinne des Friedensvertrages von St. Germain das Recht auf Annahme der österreichischen Staats- bürgerchaft haben.

Die galizischen Juden, die jahrelang in ganz Oesterreich und hauptsächlich in Wien wohnen, leben bereits seit einem Jahre, unter der ständigen Gefahr ausgewiesen zu werden und werden auch teilweise aus ihrem neuen Heim vertrieben; Es wurden viele Fälle, be- zeichnet, wo Juden das Wohnen in Wien, trotzdem sie das volle Recht darauf haben, nicht gestattet wurde und wo für Juden künst- liche Schwierigkeiten bei der Optimierung für die österreichische Staatsangehörigkeit geschaffen werden.

Lehtens hat auch die österreichische Regie- rung Vorbereitungen zur Durchführung der geplanten Ausweisungen der galizischen Juden aus Wien im großen Maßstabe getroffen, was unter der betroffenen jüdischen Bevölkerung eine Panik hervorrief.

Als die Tendenz der österreichischen Regie- rung, die galizischen Juden zur österreichischen Staatsbürgerchaft nicht zulassen und sie aus dem Lande zu vertreiben, bekannt wurde, hat Komitee der jüdischen Delegationen in Paris eine energische Aktion zum Schutze der im Friedensvertrage von St. Germain aus- drücklich garantierten Rechte der jüdischen Be- völkerung in Oesterreich eingeleitet. Einige Male gelang es dem Komitee, die die Bevölkerung drohende Gefahr abzuwenden. Von besonderer Bedeutung war folgende offizielle Note, auf welcher die österreichische Regierung sich in Be- antwortung eines telegraphischen Protestes des Präsidenten des Komitee der jüdischen De- legationen an dies Komitee gewendet hat, auf welche bis heute vom Komitee nicht geant- wortet wurde:

Bevollmächtigter der österr. jüd. Dele- gation.

Nr. 2353.

Paris, 1. August 1920.

An das

Komitee der jüdischen Delegationen

10. Place Eouard VII

Paris.

Geehrte Herren!

Die österreichische Regierung erhielt am 17. Juli 1920 vom Komitee der jüdischen De- legationen ein Telegramm, dessen Komie ich hiermit belege. Meine Regierung, emündigst mich, Ihnen die nachstehenden Mitteilungen be- züglich dieser Angelegenheit zu machen:

„Die das Komitee erreichten Nach- richten, denen zufolge die österreichische Re- gierung sämtliche jüdischen aus Galizien kommenden Flüchtlinge hinausgeschleusen wollte, entsprechen in dieser Form der Wirklichkeit nicht. Die Aktion, die auf die Verringerung der Zahl der in Oesterreich wohnenden Fremden gerichtet ist, und die die Regierung im Herbst 1919 eingeleitet hat, betrifft nicht speziell die erwähnten Personen. Sie bezieht sich mit einigen Ausnahmen auf alle Angehörigen der durch die Zerplitterung der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie ent- standenen Staaten, die keine Bürger der jetzigen österreichischen Republik sind, in- wiefern sie nicht schon vor dem 1. August 1914 auf dem jetzigen Territorium der Re- publik gewohnt haben.“

Die österreichische Regierung war zu- folge der außerordentlich schlechten ökon- omischen und finanziellen Lage Oesterreichs gezwungen, diese Maßnahmen zu ergreifen. Die Verlegung der österreichischen Bän- ger mit Lebensmitteln ist keineswegs ausreichend, Nahrungsmittel müssen im Auslande zu Preisen, die die galizischen finanziellen Opfer erfordern, eingekauft wer- den. Somit kann man doch nicht verlangen, daß Oesterreich seine schwachen fi- nanziellen Kräfte zur Verbesserung der Lebensbedingungen fremder Staatsbürger erschöpfen soll, die übrigens in ihrer Be- ratung eine viel billigere und leichtere Be- sorgnisverlegung genießen könnten. Der Wohnungskrisis und die Arbeitslosigkeit verschärfen sich von Tag zu Tag und es ist die dringende Pflicht der Regierung, so- weit es möglich ist, durch Befreiung der Fremden, deren Anwesenheit im Lande nicht absolut notwendig ist, zu helfen.

Der Ausweisungsbefehl wird in einer möglichst humanen und milden Form durchgeführt. Die Personen, deren An- wesenheit für die gesellschaftlichen Inter- essen wünschenswert erscheint, werden nicht den Bestimmungen dieser Maßnah- me, ebenso diejenigen, welche bereits seit einiger Zeit in Oesterreich eine feste Woh- nung besitzen, oder bereits davor ansehn- liche Gebäude besitzen, welche bereits seit längerer Zeit in Oesterreich eine feste Woh- nung besitzen, die in besonderen Fäl- len gegen die Ausweisungen steht oder für deren zeitweilige Einstellung vorzuziehen werden können, werden in besonderen Fällen berücksichtigt.

Es ist also nicht richtig, daß die Aktion gegen die Forderungen der Menschlichkeit sei. Sie ist auch nicht gegen den Vertrag von St. Germain, der keine Bestimmungen enthält, auf deren Grund die österreichische Regierung auf das R. S. das jeder souveräne Staat besitzt, in einzelnen Fällen ausländische Bürger aus ihrem Territorium hinauszuschieben, verurteilt wurde.

Hochachtungsvoll
Der Bevollmächtigte der österreichischen Republik in Paris.
(Unterschrift)

Aber auch nach der Abendung dieser Note blieb die Lage der jüdischen Flüchtlinge in Wien unverändert und das Komitee der jüdischen Delegierten war gezwungen, seine Aktion zum Stillen zu bringen, befindet sich auch die der Ausweisung der Schutze der Rechte und Interessen der Wiener Juden fortzusetzen. Während der letzten Tagung des Völkerbundes in Genf haben die Vertreter des Komitees die Herren Sotolow und Kohn, diese Frage wieder einmal aufgeworfen und dem Völkerbunde ein diesbezügliches Memorandum unterbreitet.

Etwas später erhielt der Völkerbund auch von der polnischen Regierung eine Note in der die Angelegenheit. In dieser vom 11. Dezember 1920 datierten und vom Vertreter Polens beim Völkerbunde geleiteten Note ersucht Polen den Völkerbund er möge auf Grund des Art. 11 seines Statutes bei der österreichischen Regierung dahin intervenieren, daß diese die polnischen Maßnahmen nicht durchzuführen und die bereits begonnenen einstellen soll.

Diese Angelegenheit erweckt sowohl in jüdischen als auch in nichtjüdischen Kreisen ein lebhaftes Interesse, nicht nur weil es sich um das Schicksal einer zahlreichen jüdischen Bevölkerung und um die offensichtliche Verletzung des Friedensvertrages handelt, sondern weil in diesem Falle der Völkerbund zum ersten Mal eine Angelegenheit gegen einen Staat wegen Verletzung der Rechte ein gewisser nationaler Gruppe in Verhandlung ziehen wird.

Zu dieser Sitzung des Völkerbundes wurden sowohl die Vertreter Polens als auch die österreichischen eingeladen. Als Vertreter Österreichs wird Herr Prof. Hohenstein erwartet. Österreich hat als seinen Vertreter den Generalen in Paris, Herr Gieseler nominiert.

Das Komitee der jüdischen Delegierten steht gleichzeitig seine Aktion zur Verteidigung der Rechte der galizischen Juden in Wien fort, eine Aktion, die bereits seit einem Jahre geführt wird und die mit der jetzt vorliegenden Entscheidung des Völkerbundes im Zusammenhang steht.

Politische Chronik

Albert Einstein

Vor einigen Wochen weilte er in Prag und wurde von den deutschen Juden mit Beschlag belegt. Dr. Einstein feierte in ihm den deutschen Gelehrten. Er vermied es offensichtlich in Einstein einen Juden zu sehen, denn das paßt dem Herrn Dr. Einstein nicht in den Kram. In Wien wurde Einstein als Vortrager und als Forscher gefeiert, die „Deutsche Zeitung“ pries ihn in einem Pamphlet, das wir unseren Lesern nicht vorenthalten haben. Die „Deutsche Zeitung“, heute ein Stille-Blatt steht in Einstein den Juden, der nicht zu preisen, sondern zu verachten ist, denn er gehört einer minderwertigen „Rasse“ an. Von diesen Gefühlen ließ sich auch die Berliner Studentenschaft leiten, die ihm im Vorjahre während der Vorlesung Standale machte und ihn am Vortrage hinderte, während ihm skandinavische, englische und holländische Hochschulkollegen Vorbeere waren. Bei seinem Aufenthalt in Wien, sagte ihm Popper-Landau: „Halten Sie nur an ihrem Standpunkte in der Judenfrage fest.“ Und von diesem seinen Standpunkte, als stolzer, selbstbewußter Jude, macht der große Gelehrte kein Hehl, wiewohl er dem politischen Getriebe fern steht. Es ist uns noch erinnerlich, daß er diese Überzeugung gegen den „Verband der deutschen Juden mosaischer Konfession“ festhielt und und nun überrascht uns — nein es überrascht uns nicht, denn es ist die Konsequenz seiner Überzeugung — eine Nachricht, daß Professor Albert Einstein mit Dr. Ch. Weizmann in Mitte März nach Amerika reisen wird, um für den jüdischen Universitätsfonds in Jerusalem Propaganda zu machen.

Wir sind nicht für Perseukutionen mit Genossenschaften, denn er zeigt der großen deutschen Judentum deutlich, daß man wohl ein großer Kulturträger sein kann, ohne sein Judentum verleugnen zu müssen, und daß der Aufbruch Palästinas, zu dessen integrierenden Bestandteil auch das große hebräische Schul- und Kulturwerk gehört, einträchtig von allen Juden wird durchgeführt werden müssen, ganz

gleich, welcher Partei sie politisch und auch religiös angehören.

Wir wollen hoffen, daß dieses beispielgebende Vorgehen Einsteins Nachfolger finden wird.

Chladel.

Es ist schon dagewesen, daß die Polizei Hochstapler als Spigel verwendete; es ist auch nichts neues, daß Verwaltungsbehörden fälschliche Beamten hätten. Und daß keine Korruption im öffentlichen und privaten Leben Trumpf ist, das wissen wir einmal ein Jahr her, daß es ist noch nicht einmal ein Jahr her, daß ein Sektionschef dem auswärtigen Minister Besetzungsanträge machte, und erst vor einer Woche wurde ein Zupan des Distriktes von 215 Millionen gegeben.

Gewiß, Hochstapler, Betrüger, ungetreue Beamte, Korruption und Protektionswirtschaft hat existiert und wird bestehen, solange die Menschen bestehen. Das ist kein Spezifikum der tschechoslowakischen Republik. Aber System liegt bei uns in der Sache und das ist das Gefährliche. Keine Schamlosigkeit, Gefinnungslumperei, Eitelkeit, Korruption, das ist es, das unter uns in den Umständen vorzukommen, daß Minister einem Schwindler leinfallen, der wegen Schamlosigkeit und Betrug verurteilt ist, und dem nur deshalb anständige Beamten weichen müssen, weil er ein tschechisches Wohlverhaltenszeugnis als sein Eigenes nennt. Daß von einem Konfidenten falsche Stempel verkauft werden, damit die Käufer sofort eingesperrt werden können. Es darf aber auch nicht vorkommen, wie es sich jüngst in Brünn ereignet hat, daß ein Dienstmädchen unter den Vorwand des Hochverrats gefesselt wurde, weil sie dem Hausbesitzer Bücher nach Hause trug, in denen sich die Rede gegen Carlinia in deutscher Uebersetzung stenographiert befand, und die sowohl ihre zufälligen rituellen Begleiter, wie auch Polizeiorgane, als gegen die Republik gehalten benutzten und sofort eine Hausdurchsuchung bei dem Vater dieses Schülers, der eine Musterüberzeugung seines Lehrers im „Büchel“ hatte, durchführte.

Solche Vorkommnisse sollen doch endlich aufhören. Vor einem, vor zwei Jahren behandelte man solche Dinge als Kinderkrankheiten eines jungen Staates. Nun soll es aber Kinderkrankheiten schon gekostet sein, die Rinderkrankheiten schon gekostet sein, die Hochverratswittenerungen, die Brzezowski's und Chladel's könnten als vergangen angesehen werden. Denn solche Kleinigkeiten schädigen das Ansehen der Gesamtheit und mindern das Prestige des Staates — und das soll nicht sein.

Karl Menger gestorben.

Karl Menger, einer der Begründer der modernen Nationalökonomie, ist am 26. Februar früh, 81 Jahre alt, gestorben. Einer der tüchtigen Männer, die die österreichische Provinz dem geistigen Leben der Monarchie schenkte, schiedel aus der Entwicklung zu einer Zeit, wo das Land das Wort und die Erbschaft dieses Großen, der sich schwer zur Anerkennung durchbringen konnte, hatte verloren. Menger, dessen Familie aus Eger stammte, war im Neuwander in Galizien geboren und studierte in Wien, Prag und Krakau. 1872 begann er seine Lehrtätigkeit an der Wiener Universität, trat für kurze Zeit in den Staatsdienst, den er jedoch bald verließ, um sich ganz der wissenschaftlichen Arbeit hinzugeben. 1873 erschien seine „Grundzüge der Nationalökonomie“, ein dünnes Büchlein, das zur vollständigen Abkehr von der klassischen Nationalökonomie den Anlaß gab. Während diese das Preisproblem durch die zur Produktion und Reproduktion nötigen Kosten zu erklären sucht, richtete Menger die Wertlehre auf dem subjektiven Gebrauchswert der Güter auf. Dieser vollständige Bruch mit den Lehren der französischen Physiokraten und der englischen Hume-Schule rief natürlich heftigste Gegenwehr hervor und es dauerte lange, bis Menger sich durchsetzen konnte. Professor Menger in Prag und Böhm-Bamerl, die beide einmals österreichische Minister waren, traten entschieden auf die Seite Mengers, dem sich vor allem die amerikanische Gelehrtenwelt angeschlossen. Vor Menger ist die ganze Fortschritt der letzten Jahre fruchtbar beeinflusst worden. Er hat in der Folgezeit die Wissenschaft noch durch eine lange Reihe wertvoller Arbeiten, besonders über die Theorie des Kapitals und des Geldes, beschenkt und ihr den „Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften und der politischen Ökonomie“ neue Bahnen zur Erkenntnis der Gesellschaftsstruktur gewiesen.

Grenz Israel.

Politisches.

Einwanderungsdepartement.

Laut einer Verordnung Samuels ist das Emigrationsdepartement in Palästina einig und allein autorisiert, Pässe auszustellen oder zu visieren.

3. Palästina ein selbständiges Land oder eine Kolonie Englands?

Diese Frage wurde aufgeworfen, als man daran ging, die Postverhältnisse in Palästina nach der Einsetzung der Zivilverwaltung zu regeln. Ist Palästina eine englische Kolonie, dann müssen die nach England gehenden Briefe nach dem Inlandbrief fraktiert werden. Ist es aber ein selbständiges Land, dann müssen die für England und seine Kolonien bestimmten Sendungen als Auslandsendungen betrachtet werden. Der Oberkommissar entgegnete in letzterem Sinne und erließ eine Verordnung, nach der die für England und seine Kolonien bestimmten Sendungen nach dem Auslandstaxi behandelt werden müssen, da Palästina für ein englisches Mandatland ist und keine englische Kolonie.

Die Befriedung.

„Margarine König“

J. B. 3. In Palästina ist der „Margarine König“ von Holland, Wambert, zu diesem Besuch eingetroffen.

Wirtschaftliches.

Der Oberkommissar aus Anleihefrage.

Da Palästina viel Geld zur Entwicklung benötigt, denkt die Regierung eine Anleihe aufzunehmen, was jedoch nicht vor Bestätigung des Mandates durch den Völkerbund geschehen kann. Hauptzweck der Anleihe ist: Entwicklung des Bahnwesens, Verbesserung im Post-, Telegraphen- und Telefonwesen, Wegbauten, Hafenverbesserungen (die großen Hafenspläne, die große Mittel beanspruchen), Vermehrung des Bodenschatzes, Bauen an Regierungswegen und kommunale Ausgaben, wie Wasserversorgung, Wegebauten und dergl. Ein Großteil der Investitionen wird, solche Erträge abwerfen, daß die Anleihe dann verzinst und amortisiert werden können. Die übrigen Investitionen, die nicht direkt zu solchen Einnahmen führen können, werden jedoch durch allgemeinen Einnahmen vergütet und zur Entwicklung des Landes beitragen. Die Anleihe wird sicher ohne Aufhebung neuer Steuern verzinst und amortisiert werden können. Höhe und Bedingungen der Anleihe sind noch Gegenstand der Verhandlungen. Allen Einwohnern des Landes wird Gelegenheit gegeben werden, sich an der Anleihe zu beteiligen. Sodann beschließt sich der Rat mit den auf den einheimischen und eingeführten Tabak aufzulegenden Steuern, worüber eine besondere Verabbarung erfolgen soll. Die nächste Sitzung des Advisory Council wurde auf den 8. März festgesetzt.

Vom Zionismus

Gründung eines Chaluzverbandes! Chaluzim und Chaluzim!

Sämtliche Chaluzgruppen und Anwohner werden aufgefordert, zur Gründung eines allgemeinen Chaluzverbandes in der tschechoslowakischen Republik ihre Adresse sofort an die Lepticher Chaluzgruppe per Adresse: Leptich bei Herrn Straßer Leptich, Schillerstraße 2 bekanntzugeben. Anfragen in Chaluzverbandesangelegenheiten folgen nach der Anzeigengabe.

Mitteilungen

des Zentralen Waad der Sitachduth Israel Sapoel Hazair Zeire und Zion für die tschechoslowakische Republik.

(Sekretariat Prag II, Ružova 24.)

1. Vorlesung der Landesorganisation der Sitachduth:

Diese findet gleichzeitig mit dem allgemeinen zionistischen Parteitag in Brünn, am 26. und 27. März statt. Die Chaluzim und alle dem Sapoel Hazair Angehörigen werden aufgefordert, die Schiedsgerichtsbarkeit mit aller Energie für den vollen zionistischen Sitachduth-Scheitel fortzuführen, dem von der Zahl der Sitachduth die Zahl unserer Delegierten am allgemeinen zionistischen Parteitag sowie die Zahl der Delegierten, die an unserer Landeskonferenz teilnehmen werden, ab. Der zentrale Waad hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, daß je zehn Sitachduthsitzungen einen Delegierten zur Landeskonferenz der Sitachduth entsenden werden. Orte, wo keine zehn Sitachduthsitzungen vorhanden sind, schicken sich mit den Sitachduthsitzungen des nächstgelegenen Ortes zusammen.

Tagungsordnung der Vorlesung der Sitachduth Israel Sapoel Hazair — Zeire Zion in der tschechoslowak. Rep. am 26. und 27. März in Brünn.

1. Eröffnung.
2. Wahl des Präsidiums und der Kommissionen.

3. Bericht des prov. Waad der Landesorganisation.
4. Referate:

a) Die Arbeit und der Chaluzimgedanke.
b) Keren Kajemeth und Keren Sajejod.
c) Nationaler Kultur und nationale Politik.
d) Unsere Taktik und unsere Beziehungen zu den übrigen Strömungen in unserer und im allgemeinen Leben.
e) Organisation und Propaganda.

5. Festlegung und Bewilligung des Budgets für das kommende Jahr, Abkündigung der Resolutionen, Wahl des zentralen Waad der Landesorganisation.
6. Schluß.

Offizieller Teil.

Landesverband der israelitischen Rufungsgemeinde in Mähren.

Generalversammlung.

Am 13. März findet um 8 Uhr abends in Sitzungsstube der Israel. Rufungsgemeinde in Brünn die diesjährige Generalversammlung des Landesverbandes der Israel. Rufungsgemeinden in Mähren statt, bei welcher der Vorliegende folgenden Tätigkeitsbericht für das abgelaufene Jahr erstatten wird.

Tätigkeitsbericht.

Geehrte Verbandsversammlung! Die Verbandsleitung erlaubt sich heute der geehrten Verbandsversammlung über ihre Tätigkeit im abgelaufenen Jahre nachstehenden Bericht zu erstatten.

In Angelegenheit der vom Rabbinerverband angelegten Unterstützung der durch die jetzigen Verbandsverhältnisse in Mähren betroffenen Gemeindeglieder in solchen Gemeinden, deren Verhältnisse eine höhere Unterstützung der Gemeindeglieder nicht gestatteten, wurde ein Komitee bestellt, in welchem 2 Mitglieder des Landesverbandes des Landesverbandes und des Rabbinerverbandes vertreten waren. Bei der am 13. Juni 1920 stattgefundenen diesbezüglichen Versammlung wurde ein Komitee bestellt, in welchem Leopold Goldschmidt, vortragender Beauftragter, vereinzelt genehmigt und wurde das Beträge im darauffolgenden Bescheid auch das Kuratorium des Landesverbandes an die einzelnen Gemeinden ausbezahlt.

Einen großen Erfolg erzielte der Landesverband ferner mit dem eingeführten Gehaltsplan für die von den Gemeinden ihren Dienstleistungen einzurückenden Minima. Zu diesem Behufe wurde das ausgearbeitete Schema an sämtliche Gemeinden mit dem Ersuchen eingeholt, dasselbe zu berücksichtigen und dieses anzunehmen. Das Schema wurde bis auf wenige vereinzelte Gemeinden genehmigt und hat sich dadurch die Lage der meisten Gemeindeglieder gebessert. Ebenso wurde den Bestimmungen der Penionsversicherung im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen einvernommen.

Ferner wurden die nötigen Schritte zur einheitlichen Versorgung sämtlicher Rufungsgemeinden mit Esrogim und Maas eingelegt und wurde erzielt, daß die Maasbäder nicht dem abzuleitenden Ailo Maas allein vorbehalten betragen an den Landesverband abgegeben haben, so daß zu erwarten ist, daß der Landesverband zum Zwecke der nötigen Gemeindeglieder auch für das Jahr 1921 ein namhafter Betrag zur Verfügung stehen wird.

Begen Gründung einer Reichsorganisation wurden seitens des Präsidiums die nötigen Schritte eingeleitet und dürfte diese in absehbarer Zeit zu einem Resultat führen. In Angelegenheit der Unterstützung der Rabbinergemeinde in solchen Gemeinden, die gemeinlich einen Rabbiner haben, konnte das Resultat erzielt werden, daß die in Betracht kommenden Gemeinden sich auf die diesbezüglichen Angelegenheiten gar nicht anworten. Es ist überhaupt bedauerlich, daß die Eingaben der Gemeinden über an sie ergangenen Zuschriften der Verbandsleitung ohne Erfolg, häufig gar nicht erfolgen, so daß eine vollkommen ordnungsmäßige Abwicklung aller Verbandsangelegenheiten nicht möglich zu sein war.

Im abgelaufenen Jahre wurden 2 Verbandsleitungen-Sitzungen abgehalten. In diesen langten 672 ein, von denen alle ihre

